

ANTRAGSBUCH

46. Ordentlicher Landesparteitag
der FDP Sachsen

Landesparteitag

Sonnabend, 20. Mai 2017

Sachsenlandhalle – Glauchau

**Freie
Demokraten**
FDP SACHSEN

FDP Sachsen . Radeberger Str. 51 . 01099 Dresden

An die Delegierten zum
46. Landesparteitag der FDP Sachsen

Dresden, im Mai 2017

Antragsbuch zum 46. Landesparteitag der FDP Sachsen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Delegierte,

hiermit erhalten Sie das Antragsbuch für den 46. Landesparteitag der FDP Sachsen, der am **20.05.2017 in der Sachsenlandhalle Glauchau** stattfinden wird.

Im Mittelpunkt des Landesparteitages steht, neben der Neuwahl des Landesvorstandes für die kommenden zwei Jahre und der Wahl der Delegierten für die Bundesparteitage, die Beratung zahlreicher Anträge. Der Leitantrag des Landesvorstandes formuliert Ziele für die bevorstehende Bundestagswahl. Weitere Anträge widmen sich unter anderem der Inklusion, dem Aufbau einer modernen Polizei, der wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens, einer modernen Familienpolitik sowie verschiedenen Landes- und Bundesthemen. Herzlichen Dank an alle Antragsteller.

Sollten Sie Änderungsanträge zu den vorliegenden Anträgen oder Dringlichkeitsanträge einreichen wollen, senden Sie uns diese bitte als Worddokument per E-Mail bis spätestens **17. Mai 2017**, 12.00 Uhr an landesparteitag@fdp-sachsen.de und bringen diese sicherheitshalber auch auf einem USB-Stick zum Landesparteitag mit.

Hinweis: Nach dem 17. Mai 2017 können Änderungs- bzw. Dringlichkeitsanträge ausschließlich per USB-Stick zum Landesparteitag vor Ort eingereicht werden.

Alle Informationen und Dokumente rund um den Parteitag finden Sie später auch im Internet unter <https://www.fdp-sachsen.de/veranstaltungen/parteitage/4477-2/>.

Gern möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass unser Landesparteitag allen Mitgliedern, Interessenten und Gästen offen steht. Lediglich das Rede- und Stimmrecht bleibt den Delegierten vorbehalten.

Ich wünsche Ihnen eine gute und staufreie Anreise!

Viele Grüße



Ihr Torsten Herbst
Generalsekretär

Hinweis: Das Antragsbuch ist Bestandteil Ihrer Tagungsunterlagen - bitte zum Landesparteitag mitbringen!

Freie Demokratische Partei (FDP)
Landesverband Sachsen
Liberales Haus

Radeberger Straße 51 . Preußisches Viertel . D-01099 Dresden
Tel. 0351/65 57 65-0 . Fax 0351/65 57 65-1

info@fdp-sachsen.de . www.fdp-sachsen.de . www.facebook.com/FDP.Sachsen

Bankverbindung / Spendenkonto: IBAN DE03 8707 0024 0536 3601 00 . BIC DEUTDE33HAN

SACHANTRÄGE					
Nr.	Thema	Antragsteller	angenommen	abgelehnt	verwiesen
1	Anpacken statt Zuschauen – Für einen neuen Aufbruch in Deutschland und Sachsen – Wahlauf Ruf der sächsischen FDP zur Bundestagswahl 2017 –	Landesvorstand			
2	Chancengerechtigkeit durch Inklusion verbessern	Landesvorstand, Jungliberale Aktion Sachsen, Ulrike Harzer			
3	Abschaffung der Zeitumstellung	Kreisverband Mittelsachsen			
4	Für eine moderne Polizei in Sachsen	LFA Innen- und Rechtspolitik			
5	Gemeinsame elterliche Sorge von Beginn an	Kreisverband Mittelsachsen			
6	„Wechselmodell“ als Regel nach Trennung/Scheidung	Kreisverband Mittelsachsen			
7	Osteuropapolitik- Außenpolitik/Wirtschaft	Bernd Franke, Sylke Blumenstein-Lorat, Gerald Umbach, Holger Liebelt, Dr. Albrecht Franke			

8	Freiheitliche Familienpolitik und steuerliche Entlastung der Familien	Bernd Franke, Sylke Blumenstein- Lorat, Gerald Umbach, Holger Liebelt, Dr. Albrecht Franke			
9	Bildungspolitik neu denken	Jungliberale Aktion Sachsen			
10	Gestalten statt verwalten Für eine freiheitlich und aktivierende Wirtschaftspolitik in Sachsen	LFA Wirtschaft, Gründergeist und Finanzen			

**Thema: Anpacken statt Zuschauen – Für einen neuen Aufbruch in
Deutschland und Sachsen
– Wahlauftritt der sächsischen FDP zur Bundestagswahl 2017 –**

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Deutschland ist derzeit wirtschaftlich erfolgreich. Doch für die Zukunft unseres Landes wird zu
2 wenig getan. Ob gesellschaftliches Klima, Digitalisierung, Bildungsqualität, Zustand der
3 Infrastruktur, Leistungsgerechtigkeit oder Aufstiegschancen – der Handlungsbedarf ist
4 unübersehbar. Wir Freie Demokraten wollen ein Update für unser Land. Es geht uns darum,
5 jetzt anzupacken statt weiter zuzuschauen.

6
7 Wir wollen einen Staat, der ein selbstbestimmtes Leben seiner Bürger ermöglicht - und der
8 befähigt statt bevormundet. Wir wollen ein Land, das durch erstklassige Bildung und
9 Fortschrittsgeist neue Chancen für jeden leistungsbereiten Bürger schafft. Wir wollen eine
10 freiheitliche und tolerante Gesellschaft, die Bürger ernst nimmt und nicht ausgrenzt und die
11 ihre Privatsphäre garantiert. Wir wollen einen Rechtsstaat, der die Rechte seiner Bürger
12 respektiert und schützt. In diesem müssen gleiche Regeln für alle gelten und auch konsequent
13 durchgesetzt werden. Und wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der marktwirtschaftliche
14 Vernunft und Leistungsgerechtigkeit wieder zählen.

15
16 Die Bundestagswahl 2017 entscheidet mit darüber, welche Entwicklungschancen der Freistaat
17 Sachsen erhält. Unser Ziel bleibt es, dass Sachsen wirtschaftlich weiter aufsteigt, von
18 finanziellen Transfers unabhängig wird und sich langfristig zu einer der erfolgreichsten
19 Regionen in Deutschland und Europa entwickelt. Dafür setzen wir vor allem auf
20 Innovationskraft, Mut und neue Freiräume.

- 21
22 1. Wir brauchen eine nationale Investitionsoffensive für **weltbeste Bildungsqualität** -
23 durch erstklassig ausgebildete Lehrer, zukunftsorientierte Bildungsinhalte und
24 Lernformen sowie modern ausgestattete Schulen. Die Bereitstellung von WLAN an
25 allen sächsischen Schulen bis 2020 ist dabei ein notwendiger Schritt. Bei bundesweit
26 einheitlichen Bildungsstandards wollen wir die Orientierung am hohen sächsischen
27 Niveau. Eine Zentralisierung der Zuständigkeit für das Schulwesen auf Bundesebene
28 lehnen wir ab.
29
30 2. Sachsen muss **digitales Vorreiterland** werden. Für bessere Chancen im digitalen
31 Zeitalter wollen wir die flächendeckende Verfügbarkeit mit schnellem Internet von
32 mindestens 100 Mbit/s bis zum Jahr 2022. Gleichzeitig wollen wir die „Funklöcher“
33 entlang aller Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen und Schienenwege in Sachsen
34 bis spätestens 2020 beseitigen. Eine Modernisierungsoffensive nach dem Vorbild
35 Estlands soll die öffentliche Verwaltung zum echten digitalen Dienstleister für Bürger
36 und Unternehmen machen. Die sächsischen Bürger sollen in fünf Jahren jeden Antrag
37 an die Verwaltung online stellen können.
38
39 3. Wir wollen eine schnellere **Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur**. Dazu
40 gehören die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken Dresden-Görlitz und Leipzig-
41 Chemnitz für schnellen Bahnfernverkehr sowie der zügige Ausbau von Bundesstraßen
42 mit zentraler Bedeutung, wie beispielsweise nach Zittau (B178 n) und Torgau (B87 n).
43 Sachsen soll zudem zum Vorreiterbundesland für digitales Verkehrsmanagement,
44 Telematiklösungen und automatisiertes Fahren werden. Wir wollen in Sachsen neue
45 Mobilitätslösungen testen und dafür Experimentierklauseln in der Bundesgesetzgebung
46 erhalten, zum Beispiel beim Personenbeförderungsgesetz.

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
4. Wir wollen **Freiheit und Innovationskraft der Wissenschaft** in Sachsen stärken. Dazu braucht es nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch gesellschaftliche Akzeptanz. Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen müssen Wissenschaftler auch in der Biotech-, (Kern-)Energie- und Genforschung ohne ideologische Beschränkungen ergebnisoffen forschen können. Für Sachsen brauchen wir eine steuerliche Forschungsförderung, die die Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen stärkt und den Wissenstransfer aus unseren exzellenten Hochschulen deutlich beschleunigt.
 5. Wir wollen, dass sich **Anstrengung wieder lohnt**. Die politische Aufmerksamkeit darf sich nicht auf Randgruppen konzentrieren, sondern die breite Mittelschicht in Deutschland und Sachsen muss wieder in den Blickpunkt rücken. Eine spürbare Senkung der Steuerlast ist für uns überfällig und ein Gebot der Gerechtigkeit. Dazu gehören die ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlages bis 2019, die Senkung der Steuerlast für kleine und mittlere Einkommen sowie die Beseitigung der kalten Steuerprogression.
 6. Wir wollen mehr soziale Sicherheit durch die einfachere **Schaffung von Wohneigentum**. Da sich Sachsen bei der privaten Wohneigentumsquote bundesweit auf einem der hintersten Plätze befindet, muss der Eigentumserwerb durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer und die Streichung teurer und überzogener Bauvorschriften erleichtert werden.
 7. Wir wollen die **Energiekosten für Bürger und Unternehmen senken**. Das teure Energiewende-Experiment auf Bundesebene durch die Übersubventionierung Erneuerbarer Energien muss beendet werden. Wir wollen bundesweit einheitliche Netzentgelte, um die Nachteile des Ostens bei den Netzkosten zu beseitigen. Eine weitere „Verspargelung“ unseres Landes mit Windkraftanlagen lehnen wir ab. Wir wollen die subventionsfreie Nutzung der Braunkohle für eine grundlastfähige und sichere Energieversorgung weiter ermöglichen.
 8. Wir wollen Mut machen, **Unternehmen zu gründen und Neues zu wagen**. Staatliche Vorschriften, die mit einem hohen Erfüllungsaufwand verbunden sind, müssen für Gründer und kleine Unternehmen abgesehen werden. Für neue gesetzliche Vorschriften wollen wir einen „Mittelstands-TÜV“, der den Bürokratieaufwand für Unternehmen unterschiedlicher Größenordnungen ausweist. Und wer als Unternehmer mit einem Projekt kein Erfolg hat, ist nicht gescheitert, sondern hat etwas versucht - dies verdient gesellschaftliche Anerkennung.
 9. Wir wollen die **unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung** stärken sowie staatliche Belastungen reduzieren. Dazu gehören die Beseitigung der Vorfälligkeit für Sozialversicherungsbeiträge, höhere Grenzen bei der IST-Umsatzbesteuerung, eine massive Reduzierung der Mindestlohn-Dokumentationspflichten, eine Korrektur des Arbeitszeitgesetzes sowie die Abschaffung von politisch veranlassten Belastungen durch die Sozialkassen Bau (SOKA-BAU). Unternehmen dürfen zudem nicht zum Spielball gesellschaftspolitisch erwünschter „Transformationsprozesse“ werden. Daher lehnen wir Vorschriften wie Quoten in Mitarbeiterschaft und Aufsichtsgremien sowie die Einführung neuer Rechtsansprüche gegen Unternehmen, beispielsweise bei Arbeitszeiten, ab.
 10. Wir wollen einen Staat, der seine Kernaufgaben im Bereich Rechtsordnung, Bürgerrechte und Sicherheit umfassend erfüllt. Wir wollen, dass unsere Bürger in **Sicherheit vor Kriminalität und Terrorismus** leben können und dafür Gesetze konsequent durchgesetzt werden. Dazu braucht es zuerst eine handlungsfähige Polizei und Justiz statt dem Ruf nach immer neuen Gesetzen. Die Bundespolizeipräsenz in

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

- 1 Sachsen muss angesichts der Kriminalitätsentwicklung erhöht werden.
2
3 11. Wir wollen die **Zuwanderung in unser Land klar und eindeutig regeln**. Dabei
4 muss zwischen Asyl, Flüchtlingsschutz und Einwanderung unterschieden werden. Von
5 einem Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild würde nicht nur Deutschland,
6 sondern auch Sachsen profitieren. Bei klassischen Einwanderern wollen wir uns
7 aussuchen, wer zu uns kommt. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen
8 vorübergehenden humanitären Schutz, aber auch funktionierende
9 Rückführungsregelungen nach Beendigung des Konfliktes. Migrantinnen ohne Bleiberecht
10 müssen konsequent abgeschoben werden.
11
12 12. Wir vertrauen den Bürgern. Deshalb sprechen wir uns für **mehr**
13 **direktdemokratische Elemente** auf Bundesebene aus, beispielsweise ein
14 „Volksveto“ bei Gesetzen oder eine Volksabstimmung bei Verfassungsänderungen. Wir
15 brauchen zudem ein öffentliches Klima, in dem politische Entscheidungen nicht als
16 „alternativlos“ verkündet werden, sondern ein breiter demokratischer Diskurs
17 erwünscht und gefördert wird.
18
19 13. Zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes gehören **gute Lebensbedingungen für**
20 **Bürger aller Generationen**. Lebensleistungen müssen angemessen und fair
21 gewürdigt werden. Dafür gehören für uns der unkomplizierte Zugang zu einer
22 flächendeckenden und hochwertigen medizinischen Versorgung sowie eine Betreuung
23 und Pflege auf hohem Niveau.
24
25 14. Wir wollen ein **starkes Sachsen in einem vielfältigen Europa**. Aufgrund der
26 geografischen Lage sind für den Freistaat eine enge Zusammenarbeit mit unseren
27 Nachbarn und offene Grenzen unverzichtbar. Wir wollen, dass sich die Bundesrepublik
28 Deutschland an ihre Vereinbarungen mit Polen und der Tschechischen Republik hält
29 und beispielsweise gemeinsam verabredete Verkehrsprojekte umsetzt. Wir streben
30 nach einer engeren grenzüberschreitenden Kooperation im Bereich Sicherheit und
31 Katastrophenschutz sowie bei Bildung und Ausbildung.

Thema: Chancengerechtigkeit durch Inklusion verbessern

Antragsteller: Landesvorstand, Jungliberale Aktion Sachsen, Ulrike Harzer

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir setzen uns für die Förderung der Selbstbestimmung und eines eigenverantwortlichen
2 Lebens jedes Menschen ein. Uns ist die gesellschaftliche Akzeptanz von Individualität,
3 persönlichen Voraussetzungen und Fähigkeiten, aber auch möglichen Einschränkungen,
4 besonders wichtig. Menschen mit Beeinträchtigungen gehören in die Mitte der Gesellschaft.
5 Dafür sind bürgerschaftliches Engagement, Unterstützung und auch die Offenheit gegenüber
6 dem „Anders sein“ erforderlich.

7
8 Die Inklusion, d.h. wörtlich „Zugehörigkeit“, bedeutet für uns Stärkung von Selbstständigkeit,
9 Eigenverantwortung und bestmögliche Teilhabe von Menschen mit körperlichen und geistigen
10 Beeinträchtigungen am Leben. Das Aufgabenfeld von Inklusion und Teilhabe umfasst jegliche
11 Beeinträchtigungen und Menschen jedes Alters. Eine barrierefreie Gesellschaft ist eine
12 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie erfordert vor allem einen Wandel im Bewusstsein aller
13 Menschen sowie eine Zusammenarbeit aller politischen Ebenen. Barrierefreiheit heißt, dass
14 allen Menschen alle Lebensbereiche frei von jeglichen Hindernissen gleichberechtigt
15 zugänglich, nutzbar und gestaltbar sind. Partizipation ist die wichtigste Bedingung zur freien
16 Entfaltung eines jeden Individuums.

17
18 Maßgeblich für unser Handeln sind das Grundgesetz und die UN-Behindertenrechtskonvention
19 über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die das bisherige integrative Konzept durch
20 Teilhabe (Inklusion) von Anfang an verändern will. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss
21 in Deutschland konsequent umgesetzt werden. Im Gegensatz zur Integration, bei der sich
22 Menschen mit Behinderung an der bestehenden Gesellschaft orientieren, sieht die Inklusion
23 auch Behinderung als Teil einer vielfältigen Gesellschaft. Das bestehende
24 Landesinklusionsgesetz reicht nicht aus. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
25 fordern wir die Landesregierung auf, endlich neben einem Inklusionsgesetz auch einen
26 Inklusionsplan für Sachsen auf den Weg zu bringen.

27
28
29 **Physische Barrierefreiheit**

30
31 Barrierefreiheit bedeutet die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten Lebensbereiche
32 für alle Menschen. Sie ermöglicht eine Teilhabe am öffentlichen Leben.

33
34 Für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen ist der ÖPNV oft nur der
35 einzige Zugang zur Mobilität. Jeder sollte die Möglichkeit haben, individuell und möglichst
36 unkompliziert zu reisen. Das betrifft sowohl bauliche und technische Voraussetzungen als auch
37 die Sensibilisierung der Mitarbeiter, z.B. bei logistischen Problemen (Umstieg, Gepäck). Im
38 Zuge von Renovierungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden, im öffentlichen Personennahverkehr
39 sowie bei Stadtsanierungen muss ein weitgehend barrierefreier Zugang ermöglicht werden.
40 Dabei ist ein gesundes Augenmaß zwischen Haushaltsdisziplin und Umsetzung der
41 Verordnungen anzuwenden sowie auf den kommunalen Inklusionsplan zu achten. Weiterhin
42 muss der Denkmalschutz entsprechend flexibler ausgestaltet werden (z.B. bei
43 denkmalgeschützten und nicht barrierefreien Fußwegen).

44
45 Es steht allerdings nicht nur die öffentliche Hand als Gebäudeeigentümer in der Pflicht,
46 sondern auch private öffentliche Einrichtungen, wie beispielsweise Arztpraxen, Museen, Kinos,
47 Stadien oder Supermärkte. Einige sind derzeit nur eingeschränkt für Rollstühle, Kinderwagen
48 oder Rollatoren zugänglich. Dabei setzen wir vor allem auf die Eigenverantwortung der

angenommen abgelehnt zurückgezogen verwiesen.....

1 Betreiber.

2

3 Beim Neubau von sozialen Mietwohnungen sind Zubehörräume und Erdgeschosswohnungen
4 möglichst barrierefrei ausgestalten. Menschen mit entsprechenden Beeinträchtigungen
5 müssen bei kommunalen Wohnungsgenossenschaften Zuweisungsvorrang erhalten.

6

7

8 **Barrierefreie Kommunikation**

9

10 Barrierefreie Kommunikation kennt viele Formen: Sie besteht nicht nur aus Lautsprache,
11 sondern beispielsweise auch Gebärdensprache, Brailleschrift, Eyetracking und anderen
12 Unterstützungsformen.

13

14 Behörden sollten öffentliche Dokumente kostenlos und weitestgehend nach dem „Web Content
15 Accessibility (WACG) 2.0“ des W3C zur Verfügung stellen. Diese Richtlinien beinhalten die
16 Berücksichtigung von Sehbehinderung, Behinderung des Hörvermögens, Lernbehinderungen,
17 Kognitiven Einschränkungen, eingeschränkter Bewegungsfähigkeit, Sprachbehinderungen,
18 Photosensibilität und eine Kombination von diesen Behinderungen.

19

20 Des Weiteren müssen Apps zur Erleichterung des Alltags (z.B. wheelmap.org) verbessert und
21 durch die Kommunen stärker kommuniziert werden. Smartphones bieten zudem die
22 Möglichkeit auf andere Hilfsmittel, wie sprechende Taschenrechner oder Uhren, zu verzichten
23 und können an die individuellen Bedürfnisse des Nutzers angepasst werden.

24

25 In Rundfunkstaatsverträgen sind gesetzliche Regelungen festzuschreiben, die den
26 verbindlichen Ausbau untertitelter Sendungen sowie umfassendere Hörfassungen für Blinde
27 enthalten. Besonderes Augenmerk muss dabei auf einer Vorbildrolle des MDR liegen.

28

29

30 **Bildung und Ausbildung**

31

32 Nur mit einem umfassenden Zugang zu Bildung ist eine volle Entfaltung und Entwicklung des
33 Einzelnen, seiner Talente und seiner Kreativität möglich. Chancengerechtigkeit ist in der
34 Gesellschaft vor allem über entsprechende Kompetenzvermittlung erreichbar.

35

36 In Kindertagesbetreuung, Schulen oder Freizeiteinrichtungen wird der Grundstein dafür
37 gelegt, dass Kinder mit und ohne Behinderung von Beginn an gemeinsam aufwachsen und
38 hier bereits die Vielfältigkeit des Lebens kennenlernen. Ein gemeinsames Aufwachsen von
39 Kindern mit und ohne Behinderung in Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen ist der erste
40 Schritt, um gegenseitige Akzeptanz und Verständnis zu entwickeln. Im Bereich von
41 Elternvorbereitungskursen und Kindertagesstätten sollten vermehrt entsprechende
42 Kompetenzen auch an Eltern vermittelt werden.

43

44 Das Wohl jedes einzelnen Kindes steht für uns im Vordergrund. Daran hat sich die Wahl
45 zwischen Regel- und Förderschule zu orientieren. Wir streben die bestmögliche Inklusion von
46 Menschen mit Behinderungen in den Betrieb der Regelschulen, unter Maßgabe der größten
47 individuellen und erfolgreichen Förderung des Kindes, an. Maximale Lernerfolge können dabei
48 nur durch kleinere Klassengrößen in Regelschulen und Doppelbesetzung von Lehrkräften in
49 inklusiven Klassen erreicht werden. Schwerpunktschulen für besondere Beeinträchtigungen
50 können zudem für eine optimale Betreuung sorgen.

51

52 Eine Beschulung aller Kinder mit schweren Behinderungen in Regelschulen halten wir
53 mittelfristig für nicht realistisch und auch nicht für sinnvoll. Sie wird zudem dem individuellen
54 Förderbedarf nicht optimal gerecht. Eine Abschaffung der Förderschulen lehnen wir daher ab.
55 Eltern sollten grundsätzlich ein freies Wahlrecht über die Schulform ihres Kindes haben und
56 dafür die entsprechende Verantwortung tragen. Kann das Kind gegen den Willen der Eltern in

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

1 einer anderen Schulform erheblich besser gefördert werden, liegt die Beweispflicht hierfür bei
2 der zuständigen Behörde.

3
4 Alle Lehrkräfte von Regelschulen sind beim Studium beziehungsweise bei Weiterbildungen für
5 die besonderen Anforderungen von inklusiver Beschulung zu sensibilisieren.

6
7 Wir streben eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen an. Das betrifft
8 insbesondere die Förderschulen. So muss durch eine periodische Überprüfung und Beratung
9 des Schülers und seiner Eltern in regelmäßigen Abständen festgestellt werden, ob die
10 gewählte Schulform dem individuellen Bedarf des Schülers weiterhin gerecht wird.

11
12 Wenn möglich, sollte eine räumliche Trennung von Förderschulen und Regelschulen vermieden
13 werden. Geteilte Pausenhöfe und gemeinsame Aktivitäten wie Klassenfahrten, Projektwochen
14 oder Theaterbesuche können Schranken und Hürden im Umgang mit Gehandicapten abbauen.

15
16 Nach der Förderschulzeit sind häufig weitere Maßnahmen zur Qualifizierung notwendig.
17 Deshalb muss Inklusion ebenfalls an Berufsschulen vorangetrieben werden. Auf die
18 Bedürfnisse von beispielsweise Menschen mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf
19 „Lernen“ sollte stärker Rücksicht genommen werden, damit eine Berufstätigkeit auf dem
20 ersten Arbeitsmarkt erreicht werden kann.

21
22 Derzeit erreichen in Sachsen leider nur sehr wenige Förderschüler einen Schulabschluss. Jeder
23 Schüler sollte, sofern die körperlichen und geistigen Voraussetzungen vorliegen, eine
24 realistische Chance auf mindestens einen Hauptschulabschluss haben.

25 Behindertenwerkstätten spielen eine wichtige Rolle für die Teilhabe an einem (Arbeits-)Leben.
26 Der Fördergedanke muss dabei stets über dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit stehen. Eine
27 Arbeit in einer Behindertenwerkstatt sollte zudem nicht die einzige Zukunftsperspektive nach
28 einem Förderschulbesuch darstellen. Unser Anspruch ist eine weitestgehende Integration am
29 regulären Arbeitsmarkt. Dazu sind Kooperationen mit ortsansässigen Betrieben und auch
30 ausbildungsbegleitenden Förderungsmaßnahmen notwendig.

31 32 33 **Arbeit und Wirtschaft**

34
35 Das flächendeckende Netz der Werkstätten für Menschen mit Behinderung ist notwendig, um
36 auch Menschen mit schwersten Behinderungen eine Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.
37 Dennoch gelingt nur selten der Wechsel von der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt.
38 Hier gilt es Alternativen zu entwickeln, die eine Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt nach
39 der Schule, aber auch von der Werkstattarbeit aus fördern. Besonders sozialrechtliche
40 Barrieren erschweren den Übergang in beide Richtungen und müssen abgebaut werden.

41
42 Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Für sie ist bei der
43 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gezielte Beratung und Unterstützung
44 erforderlich, um ihren Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft verbessern zu können.
45 Notwendig sind eine Sensibilisierung von Arbeitgebern und die Bündelung von
46 Unterstützungsmaßnahmen durch die verschiedenen Beteiligten (Integrationsfachdienste,
47 Behinderteneinrichtungen, Vertreter von Rentenversicherung, der Bundesagentur für Arbeit
48 und der Krankenkassen). Damit entsteht eine gezielte Vermittlung nach Fähigkeiten und
49 Bedürfnissen sowie passgenauer Unterstützung und Förderung des Arbeitgebers. Eine
50 öffentliche Würdigung dieser Initiativen fördert Nachahmer.

51
52 Neben einer regelmäßigen Evaluation der bestehenden Förderinstrumente werden wir
53 außerdem prüfen, wie in bestimmten Fällen entweder dem Betrieb dauerhaft ein
54 Minderleistungsausgleich oder aber dem Arbeitnehmer ein Kombilohn gewährt werden kann,
55 um die Beschäftigung bestimmter Personengruppen außerhalb von Werkstätten zu sichern.
56 Um den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern und Vorbehalte abzubauen, soll ein

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

1 Rückkehrrecht in die Werkstatt gesichert sein.

2

3 Im Bereich der Pflege sprechen wir uns dafür aus, dass die Inklusion ein dauerhafter
4 Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung in den einzelnen Fachberufen wird.

5

6

7 **Lebensqualität durch moderne Technik**

8

9 Forschung und Entwicklung moderner Technologien, wie beispielsweise die Vernetzung
10 verschiedener technischer Geräte und zentraler Steuerung via Smartphone (Homeconnect)
11 oder in der Nutzung künstlicher Intelligenz als Haushaltshilfe, kann ein inklusives Leben
12 vereinfachen. Potenziale einer digitalisierten und technisch fortgeschrittenen Welt müssen
13 stärker genutzt werden.

14

15 **Vorbildrolle**

16

17 Für uns als Freie Demokraten ist es selbstverständlich, bei der Auswahl von
18 Veranstaltungsräumen auf die Barrierefreiheit der Einrichtungen zu beachten. Weiterhin
19 werden wir unser nächstes Landtagswahlprogramm auch in barrierefreier Form zur Verfügung
20 stellen.

Thema: Abschaffung der Zeitumstellung

Antragsteller: Kreisverband Mittelsachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Landesvorstand beauftragt wird, sich auf
2 Bundes- und Europaebene für die Abschaffung der Zeitumstellung einzusetzen. Es geht den
3 Antragstellern nicht primär um die Abschaffung der sogenannten „Sommerzeit“. Die
4 Abschaffung kann auch dadurch erfolgen, dass die Sommerzeit als „normale“
5 mitteleuropäische Zeit über das ganze Jahr festgeschrieben wird.
6
7

8

Begründung:

9

10 Die Sommerzeit wurde bereits 1916 im Deutschen Reich und Österreich-Ungarn eingeführt
11 und 3 Jahre später wieder abgeschafft. 1940 führte sie Deutschland erneut ein und 1949
12 wurde sie wieder abgeschafft. 1973 führte die EG vor dem Hintergrund der Ölkrise die
13 Sommerzeit ein, allerdings ohne Deutschland. Die derzeitige Zeitumstellung wurde mit der
14 Begründung der Energieeinsparung 1980 in der Bundesrepublik und 1996 für alle EU-Staaten
15 (Richtlinie 200/84/EG) verbindlich eingeführt. Die erhoffte Einsparung hat sich nicht
16 eingestellt bzw. ist marginal. Verwirrung macht sich zweimal jährlich in der Bevölkerung breit
17 und die Medien berichten lang und breit über die Folgen und Probleme und dass es keinen
18 Sinn und Nutzen hat. Nach neuesten Umfragen sind 74 % der Deutschen für die Abschaffung
19 der Zeitumstellung. Jeder Dritte hat Probleme mit der Umstellung. Bei Familien mit Kindern
20 bis 12 Jahre sind es sogar 47 % nach einer Umfrage der Kaufmännischen Krankenkasse
21 (KKH). Auch renommierte Schlafmediziner bestätigen die Schädlichkeit der Umstellung auf
22 den menschlichen Organismus, und die erheblichen Belastungen, wenn die Umstellung ohne
23 Verlagerung der Arbeitszeit und des Schulbeginns (wie z. Bsp. in Frankreich) vorgenommen
24 wird. Jäger und Landwirte in der Viehwirtschaft beklagen auch die negativen Folgen der
25 Umstellung. Der Biorhythmus von Menschen, insbesondere Kindern, und Tieren wird damit
26 unverantwortlich derart gestört, dass daraus Unfälle und Krankheiten entstehen. In allen
27 Parteien der Bundesrepublik gab und gibt es Bestrebungen die Umstellung wieder
28 abzuschaffen, bislang leider ohne Erfolg. Nunmehr will die Familienpartei eine Europäische
29 Bürgerinitiative gegen die Zeitumstellung starten. Wir würden ein europaweit einheitliches
30 Handeln begrüßen, befürchten aber, dass auch hier keine Einigkeit in absehbaren Zeitraum
31 erreichbar sein wird. Deshalb befürworten wir in diesem Fall auch einen Alleingang
32 Deutschlands bei der Abschaffung, in der Hoffnung, dass sich dann viele Länder recht zügig
33 anschließen werden.
34
35

36

Weitere Begründung erfolgt mündlich

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

Thema: Für eine moderne Polizei in Sachsen

Antragsteller: Landesfachausschuss Innen- und Rechtspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für eine moderne Polizei in Sachsen

2
3 Eine funktionsfähige Polizei und Justiz ist eine Grundvoraussetzung für einen demokratischen
4 Rechtsstaat. Indem die Bürger das Gewaltmonopol dem Staat verliehen haben, ist der Staat
5 verpflichtet, die Sicherheit für die Bürger selbst, ihr Eigentum und die Öffentlichkeit zu
6 gewährleisten.

7
8 Die Polizei in Sachsen steht vor erheblichen Herausforderungen. Sie sichert immer häufiger
9 Großsportveranstaltungen und regelmäßig wiederkehrende Großdemonstrationen, teils mit
10 Gegendemonstrationen ab. Gleichzeitig muss sie in der Fläche präsent sein, um ihren
11 Aufgaben nachzukommen. In der Kriminalitätsprävention und in der Verfolgung von Straftaten
12 stellen sich neue Herausforderungen durch die zunehmende Digitalisierung und international
13 agierende kriminelle Vereinigungen. Sie muss auf terroristische Anschläge und die Ergreifung
14 von Verdächtigen aus dem terroristischen Umfeld vorbereitet sein. Ihr obliegt es, der freien
15 Gesellschaft ein Versammeln unter freiem Himmel, sei es auf Demonstrationen,
16 Sportveranstaltungen oder kulturellen Veranstaltungen ohne Angst vor Anschlägen zu
17 ermöglichen.

18
19 Die innenpolitische Diskussion war in den vergangenen Jahren auf die Einführung von neuen
20 technischen Verfahren beschränkt, von deren Einführung sich konservative Innenpolitiker
21 einen Zugewinn an Sicherheit versprochen. Sie waren bereit, hierfür in einem erheblichen
22 Umfang Bürgerrechte aufzugeben. Die FDP ist dem stets entgegen getreten. Weder der sog.
23 Große Lauschangriff, noch die Vorratsdatenspeicherung in den Ländern, in denen sie
24 eingeführt wurde oder die elektronische Kennzeichenerfassung konnten Erfolge in der
25 Bekämpfung von schwerstkrimineller oder terroristischer Anschläge oder in der
26 Reduzierung von Autodiebstählen in grenznahen Regionen zeitigen. In diesen Diskussionen
27 kam die klassische Polizeiarbeit mit den dezentral eingesetzten Beamten zu kurz. Sie wurde
28 eine Rechengröße in dem Ziel des Personalabbaus und der Haushaltskonsolidierung.

29
30 Nach der Etablierung rechtsstaatlicher Polizeistrukturen nach der politischen Wende wurde die
31 Polizei von der CDU geführten Landesregierung nicht aufgabenbezogen, sondern rein
32 fiskalisch betrachtet. So unterblieb eine kontinuierliche Personalentwicklung und
33 Personalförderung. Erst mit der christlich-liberalen Koalition konnte ein Einstellungskorridor
34 für 300 neue Polizisten jährlich unabhängig von der Haushaltslage eingeführt werden. Dies
35 reichte nicht aus, um die Altersabgänge auszugleichen. Mangelnde Beförderungssämter führten
36 zu einer Demotivation leistungsorientierter Beamter. Mehrere Polizeireformen konnten die
37 Polizei nicht auf die geänderten Herausforderungen einstellen.

38
39 Die mangelnde personelle Ausstattung der Polizei führt auch zu einer Verlagerung von
40 Tätigkeiten auf die Staatsanwaltschaften, die ebenfalls nicht angemessen personell
41 ausgestattet sind. Werden nach Anzeigen von Bürgern bei der Polizei nicht ausermittelte
42 Sachverhalte der Staatsanwaltschaft vorgelegt, müssen von dort weitere Ermittlungen
43 angeordnet werden, die zu einer erneuten Befassung der Polizei führen. Dies schwächt die
44 Effizienz der Ermittlungsbehörden insgesamt.

45
46 Die Fehler der Vergangenheit versucht die Staatsregierung über eine Verlagerung von
47 polizeilichen Aufgaben auf die Kommunen und die Etablierung von nicht ausreichend
48 qualifizierten quasipolizeilichen Hilfseinheiten auszugleichen. Diese Entwicklung sieht die FDP

angenommen abgelehnt zurückgezogen verwiesen.....

1 in Sachsen mit Sorge. Sie fordert:
2
3

4 **Polizei personell und materiell aufgabengerecht ausstatten**

5
6 Der Polizeivollzugsdienst muss personell und materiell so ausgestattet sein, dass er seine
7 Aufgaben – auch in der Fläche – wahrnehmen kann. Dazu gehören die Besetzung aller
8 vorhandenen Planstellen, eine Ausweitung des Stellenplans und eine kontinuierliche
9 Einstellungspolitik. Bewerber für den Polizeidienst und junge Polizisten müssen
10 Aufstiegsperspektiven im Polizeidienst erhalten, um als Polizei angesichts zurückgehender
11 Bewerberzahlen weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Eine Werbekampagne reicht
12 ohne inhaltliche Ausgestaltung nicht aus.
13

14 Für die neuen Herausforderungen muss die Polizei für Fachkräfte aus anderen Berufen,
15 insbesondere Hochschulabsolventen, offen sein. Beim Landeskriminalamt müssen Spezialisten
16 tätig sein, die mit der technologischen Entwicklung Schritt halten können.
17 Ermittlungstätigkeiten, wie z. B. in der Auswertung von Datenträgern, wirtschaftlichen
18 Unterlagen oder DNA/DNS-Analysen können auf einer gesicherten rechtlichen Grundlage auf
19 private Sachverständige übertragen werden, soweit der Datenschutz gesichert ist und die
20 Qualität der Auslagerung regelmäßig evaluiert wird. Wenn mit polizeilichen oder
21 staatsanwaltschaftlichen Zwangsmaßnahmen vom Staat in die Privatsphäre des Bürgers
22 eingegriffen wird, muss der Staat sicherstellen, dass er zur Auswertung derartiger höchst
23 sensibler Daten in der Lage ist. Dazu gehört es auch, dass beim Staat die Möglichkeit
24 verbleibt, die übertragenen Aufgaben im Einzelfall auch selbst zu erledigen.
25

26 Die FDP Sachsen lehnt eine anlassunabhängige Überwachung von Kommunikationsgeräten
27 einschließlich der Vorratsdatenspeicherung ab. Bei einem konkreten Anfangsverdacht auf eine
28 Straftat und zur Abwehr von dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit muss das
29 Landeskriminalamt Social Media Angebote auswerten können. Die technischen und
30 personellen Voraussetzungen hierfür müssen gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
31 für die Gefahrenabwehr webbasierte Kommunikationsangebote wie Skype, WhatsApp oder
32 Threema unter den gleichen engen Voraussetzungen überwacht werden können, wie ein
33 Telefon, eine E-Mail oder eine SMS. Im Bereich der Strafverfolgung fordert die FDP Sachsen
34 eine Gleichstellung dieser Dienste in der Telekommunikationsüberwachung.
35

36 Es bleibt weiter die Aufgabe der Politik, den Polizeivollzugsdienst von behördeninterner
37 Bürokratie zu entlasten. Die FDP Sachsen setzt sich für eine Fehlerkultur in der Sächsischen
38 Polizei ein, die Fehler und Fehlverhalten erkennt und aufzeigt, mit dem Ziel, künftige Fehler zu
39 vermeiden. So kann eine „Absicherungsbürokratie“ in der Polizei vermindert werden, die alles
40 dokumentiert, um im Falle eines Fehlers nicht zur Verantwortung gezogen zu werden.
41

42 Gute Polizeiarbeit bedarf einer soliden Ausbildung der Polizisten. Dies erfordert Zeit und den
43 Einsatz qualifizierter Ausbilder, die selbst regelmäßig fortgebildet werden. Um eine enge
44 Verzahnung von theoretischer Ausbildung und praktischer Erfahrung zu erreichen, fordert die
45 FDP Sachsen die Etablierung von modularen Ausbildungsgängen auch in der Erstausbildung
46 von Polizisten. An den Polizeifachschule ist eine zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem
47 einzurichten, das die Qualität der Ausbildung sicherstellt.
48

49 Die Ausbildung darf sich dabei nicht auf die Polizeifachschulen des Freistaates Sachsen
50 beschränken. Der Freistaat Sachsen muss regelmäßig junge Polizisten an die Deutsche
51 Hochschule der Polizei nach Münster abordnen, um ihnen ein Studium zu ermöglichen, das für
52 den höheren Polizeidienst qualifiziert. Nur so kann der bestehende und künftige Bedarf an
53 Führungskräften in der Polizei gedeckt werden.
54

55 Daher muss der Personalbedarf der Polizei langfristig und aufgabenorientiert geplant werden.
56 Die FDP Sachsen fordert ein Personalkonzept für die Polizei, das regelmäßig fortgeschrieben

1 wird. Einstellungen sind laufend vorzunehmen, um eine gesunde Altersstruktur in der Polizei
2 zu erreichen. Der Einstellungskorridor für junge Polizisten ist weder die Verfügungsmasse des
3 Finanzministers noch die populistische Antwort auf erkennbare Personalengpässe in der
4 Polizei. Jungen Polizisten müssen Weiterbildungsangebote mit Aufstiegsperspektive angeboten
5 werden. Qualifizierten Spezialisten, etwa für IT-Anwendungen oder technisch-
6 wissenschaftliche Auswertungen, muss ein Seiteneinstieg in die Polizei möglich sein. Dies
7 schließt eine wettbewerbsfähige Besoldung dieser Stellen ein.
8
9

10 **Wachpolizei**

11
12 Die sichtbare Präsenz der Polizei führt nur dann zu einer Prävention vor Straftaten, wenn die
13 Polizei auch in der Lage ist, beim Vorliegen einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit
14 einzugreifen. Auch hierfür bedarf es gut ausgebildeter Polizisten, die nicht über einen
15 zwölfwöchigen Schnellkurs gewonnen werden können. Daher lehnt die FDP Sachsen das
16 Konzept der Staatsregierung, durch die öffentliche Präsenz uniformierter Wachpolizisten das
17 Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu erhöhen, ab.
18

19 Die besondere Funktion der Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat erfordert gut
20 ausgebildete Polizisten, die von den ihnen zur Verfügung stehenden Zwangsmitteln nur
21 innerhalb der strengen Grenzen des Polizeigesetzes und unter Einhaltung des
22 Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes Gebrauch machen. Unter diesem Gesichtspunkt sieht die
23 FDP Sachsen die Einrichtung einer „Wachpolizei“ sehr kritisch. Die Wachpolizei soll nach der
24 Zielstellung des Innenministeriums mit der Aufgabe des Objektschutzes und der
25 Unterstützung der Landespolizei bei der Personenbewachung betraut werden. Der
26 Objektschutz soll dabei alle Maßnahmen umfassen, die zur Verhinderung oder Abwehr von
27 Angriffen gegen gefährdete Objekte (z. B. Asylbewerberunterkünfte) erforderlich sind. Die
28 Personenbewachung umfasst Maßnahmen zur Unterstützung der Landespolizei beim Vollzug
29 des Gewahrsams und von Festnahmen im Beisein eines Polizeivollzugsbeamten (z.B. bei
30 Gefangenentransporten oder bei Vorführungen). Dieses Konzept lehnt die FDP Sachsen ab.
31

32 Diese Aufgaben, für die der Wachpolizei polizeiliche Einzelmaßnahmen nach dem Polizeigesetz
33 zustehen, erfordern umfassend ausgebildete Polizisten. Ein zwölfwöchiger Schnellkurs, in dem
34 die vermeintlich wichtigsten Kenntnisse eines Polizisten vermittelt werden, reicht hierfür nicht
35 aus. Die Einrichtung dieses Schnellkurses für Seiteneinsteiger offenbart das Versagen der
36 Personalgewinnung in der Sächsischen Polizei.
37

38 Die FDP Sachsen spricht sich für eine Öffnung der Polizei für Seiteneinsteiger aus. Diese
39 müssen jedoch eine vollständige polizeiliche Ausbildung durchlaufen, um den Anforderungen
40 des Dienstes gerecht zu werden. Während des praktischen Teils ihrer Ausbildung dürfen sie
41 nur mit voll ausgebildeten Kollegen gemeinsam den Dienst verrichten. Sie sind zu
42 verbeamen, da sie hoheitliche Aufgaben für den Staat wahrnehmen. Ein befristetes
43 Angestelltenverhältnis, wie es derzeit bei der Wachpolizei vorgesehen ist, wird den
44 besonderen Aufgaben der Polizei nicht gerecht.
45
46

47 **Sächsische Sicherheitswacht**

48
49 Von der FDP Sachsen wird das ehrenamtliche Engagement in der Sächsischen
50 Sicherheitswacht anerkannt. Sie warnt aber davor, die Sicherheitswacht als Ersatz für den
51 polizeilichen Vollzugsdienst zu sehen und ihr weitere Aufgaben zu übertragen. Daher lehnt die
52 FDP Sachsen die sog. „Sächsische Sicherheitswacht“ ebenfalls ab. In ihr sollen Bürger, die
53 nicht der Polizei angehören, ehrenamtlich die Polizeibehörden unterstützen. Nach nur 50
54 Unterrichtsstunden und einem „Abschlussgespräch“ erhalten die Angehörigen der Sächsischen
55 Sicherheitswacht eine Uniform, um so der Polizei ähnlich zu sehen. Sie sollen hierdurch einen
56 Beitrag zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung leisten.

1
2 Für die FDP Sachsen ist die Sächsische Sicherheitswacht eine Bürgerwehr mit staatlicher
3 Genehmigung. Sie trägt nicht zu einer Erhöhung der Sicherheit bei und – sofern die These der
4 Staatsregierung überhaupt stimmt – täuscht sie die Bevölkerung über ihre Fähigkeiten und
5 Befugnisse. Sie besitzen lediglich das jedem Bürger zustehende vorläufige Festnahmerecht
6 und geringfügige polizeiliche Befugnisse. Für die FDP Sachsen muss eine Polizei, die für die
7 Sicherheit der Bürger verantwortlich ist, nicht nur ein subjektives Gefühl von Sicherheit
8 vermitteln, sondern auch tatsächlich in der Lage sein, die öffentliche Sicherheit zu
9 gewährleisten. Dies können nur voll ausgebildete Beamte der Vollzugspolizei.

10
11

12 **Gemeindlicher Vollzugsdienst**

13

14 Der gemeindliche Vollzugsdienst leistet eine wichtige Aufgabe zur Herstellung und
15 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in den Städten und Gemeinden. Er soll auf den
16 Gemeindebereich beschränkte polizeiliche Aufgaben übernehmen. In diesen Aufgaben muss
17 der gemeindliche Vollzugsdienst gestärkt werden. Die FDP Sachsen lehnt jedoch die in vielen
18 Städten zu beobachtende Tendenz, Aufgaben des polizeilichen Vollzugsdienstes auf den
19 gemeindlichen Vollzugsdienst zu übertragen, ab. Es muss eine klare Abgrenzung zwischen
20 dem Polizeivollzugsdienst und dem gemeindlichen Vollzugsdienst geben mit einer Definition
21 des jeweiligen Aufgabengebietes

22

23 Der gemeindliche Vollzugsdienst hat nicht die Aufgabe, die durch die unzureichende
24 personelle Ausstattung der Vollzugspolizei entstehenden Lücken auf Gemeindeebene zu
25 schließen. Hierfür ist der gemeindliche Vollzugsdienst weder ausgestattet noch ausgebildet.
26 Die Gemeinden verfügen auch nicht über die finanziellen Möglichkeiten, diese vom Freistaat
27 geschaffene Lücke zu schließen. Zudem ist es verfassungsrechtlich bedenklich, wenn die
28 Kommunen als Träger der gemeindlichen Selbstverwaltung Aufgaben des
29 Polizeivollzugsdienstes übernehmen.

30

31 Von der FDP Sachsen werden Modellversuche abgelehnt, in denen Bürger ohne polizeiliche
32 Ausbildung mit einer Uniform versehen „Streife“ laufen, um dem Bürger das Gefühl von
33 Sicherheit zu vermitteln.

34

35

36 **Private Sicherheitsdienste**

37

38 Die FDP Sachsen lehnt eine Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf private Sicherheitsdienste
39 ab. Private Sicherheitsdienste können dort zum Einsatz kommen, wo private Unternehmen
40 oder Vereine ihr Hausrecht wahrnehmen oder für ihr Eigentum ein besonderes
41 Schutzbedürfnis erkennen. In öffentlichen Gebäuden kann für Einlasskontrollen, zur Wahrung
42 des Hausrechtes oder zum Schutz der Bediensteten auf private Sicherheitsdienste
43 zurückgegriffen werden, sofern ein Schutz durch die Vollzugspolizei unverhältnismäßig wäre. Sie
44 können als Verwaltungshelfer unter Aufsicht von Polizei- und Justizvollzugsbeamten zum
45 Einsatz kommen, um Sicherheitskontrollen an Flughäfen, Gerichten oder anderen öffentlichen
46 Gebäuden durchzuführen.

47

48 Es ist sicherzustellen, dass private Sicherheitsdienste, nur solche Personen einstellen und
49 einsetzen, die die Gewähr für eine zuverlässige Ausübung ihrer Tätigkeit bieten. Dies schließt
50 die Beschäftigung von Personen aus, die vorbestraft wegen einer Körperverletzung oder
51 ähnlicher Gewaltdelikte bestraft sind.

52

53

54 **Bundespolizei**

55

56 Die Bundespolizei sichert als eigene Aufgabe wichtige Infrastrukturobjekte wie z. B. Flughäfen

1 und Bahnhöfe und sichert die Außengrenzen. Sie unterstützt durch flexibel einsetzbare
2 Einheiten die Bereitschaftspolizeien der Länder. Auch auf die Bundespolizei sind in den letzten
3 Jahren erhebliche Anforderungen zugekommen. So hat die Sicherung der Binnengrenzen
4 innerhalb des Schengen-Raumes wieder eine Bedeutung erlangt, die viele schon der
5 Vergangenheit zugeschrieben haben.

6
7 Die FDP Sachsen setzt sich dafür ein, die Bundespolizei einer Aufgabenkritik zu unterziehen.
8 Die Bundesrepublik Deutschland muss jederzeit in der Lage sein, ihre Außengrenzen zu
9 kontrollieren, auch wenn europäische Partner ihre Verpflichtungen aus internationalen
10 Abkommen nicht einhalten. Andererseits ist es zu hinterfragen, ob innerhalb eines
11 Bundeslandes eine Einheit des Bundes für die Sicherheit auf Bahnstrecken und innerhalb von
12 Bahnhöfen zuständig sein muss. Die FDP Sachsen steht einer Übertragung der Aufgabe der
13 Sicherung der Bahnhöfe und der Bahnstrecken auf die Länder bei einer Übernahme des
14 Personals und einem Ausgleich der Kosten offen gegenüber.

15
16

17 **Bundeswehr**

18

19 Die Bundeswehr ist bereits heute in Katastrophenfällen oder außerordentlichen Einsatzlagen
20 rechtlich befugt, dem Polizeivollzugsdienst Amtshilfe zu leisten. Die FDP Sachsen lehnt eine
21 Aufgabenerweiterung der Bundeswehr für polizeiliche Einsätze im Inneren und eine hierfür
22 notwendige Änderung des Grundgesetzes ab.

Thema: **Gemeinsame elterliche Sorge von Beginn an**

Antragsteller: Kreisverband Mittelsachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir fordern, dass unverheiratete Eltern das gemeinsame Sorgerecht mit der Anerkennung der
2 Vaterschaft für ein neugeborenes Kind erhalten. Dafür soll die kommende Bundestagsfraktion
3 in Berlin eintreten.
4
5

6 **Begründung:**
7

8 Nur auf Antrag der Mutter, des Vaters oder des Jugendamtes soll das Familiengericht prüfen,
9 ob das gemeinsame Sorgerecht dem Kindeswohl entspricht oder einem Elternteil die elterliche
10 Sorge alleine übertragen werden soll. Hierfür spricht die erkennbare Praxis bei der
11 Beantragung des gemeinsamen Sorgerechts. Wir wollen diejenigen Eltern stärken, die sich um
12 ihr gemeinsames Kind kümmern und sie mit verheirateten Paaren gleichstellen.

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

Thema: „Wechselmodell“ als Regel nach Trennung/Scheidung

Antragsteller: Kreisverband Mittelsachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „Wechselmodell“ als Modell zur Regelung der
2 Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern zum Regelfall
3 machen.
4

5
6 **Begründung:**
7

8 Falls Eltern bei Trennung über den gewöhnlichen Aufenthalt ihrer Kinder keine Einigung
9 erzielen, so entscheidet ein Familiengericht. Solche Gerichtsentscheide bestimmen heute fast
10 immer, bei welchem Elternteil Kinder wohnen, und in welchem Umfang Besuchs- und
11 Umgangsrechte für den anderen Elternteil bestehen sollen. Übliche Größenordnungen sind
12 z.B. Zeit an jedem zweiten Wochenende für einen oder zwei Tage. Eine gemeinsame
13 Betreuung, mit zeitlichen Verteilungen z.B. von ein Drittel/zwei Dritteln bis hin zur hälftigen
14 Teilung (sog. „Wechselmodell“), ist demgegenüber im Familiengericht nur im Einzelfalle
15 durchsetzbar. Dazu ist die Überwindung kosten- und zeitmäßig hoher Schranken
16 Voraussetzung, weil Gerichte und andere Verfahrensbeteiligte solche Lösungen regelmäßig
17 nicht als Kindeswohl dienlich verstehen wollen und ihre schon nach heutiger Rechtslage
18 vorhandene Gestaltungsfreiheit nur in Ausnahmefällen nutzen. Politischer Handlungsbedarf ist
19 deshalb offenkundig. Wir fordern im Einklang mit Wissenschaft, internationalen Rechtsnormen
20 und den Empfehlungen des Ausschusses für Antidiskriminierung und Gleichstellung der
21 Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine neue Rechtsgrundlage. Zukünftig ist im
22 Streitfalle durch die Familiengerichte grundsätzlich anzunehmen, dass die gemeinsame
23 elterliche Betreuung von Trennungskindern in der Regel dem Kindeswohl am besten entspricht
24 (Vorrang des Prinzips der Doppelresidenz, analog zur elterlichen Sorge). Im Einzelfall kann
25 diese Annahme Gegenstand der gerichtlichen Überprüfung sein. Andere Gestaltungen zum
26 Wohle des Kindes können notwendig sein. Unterhaltsrecht, das Recht der rechtlichen
27 Vertretung des Kindes, das Sozialrecht, das Steuerrecht und das Rentenrecht sind zu
28 überprüfen und dort anzupassen, wo individuelle Lösungen von elterlicher Betreuung und
29 Kindesaufenthalt dies erfordern.

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

Thema: Osteuropapolitik-Außenpolitik/Wirtschaft

Antragsteller: Bernd Franke, Sylke Blumenstein-Lorat, Gerald Umbach, Holger Liebelt,
Dr. Albrecht Franke

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freien Demokraten unterstützen das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes und sehen die
2 Einschränkung des internationalen Warenhandels als Einschränkung der Völkerverständigung.
3 Die EMBARGO-Politik der Bundesregierung gegen Russland schadet der europäischen
4 Industrie und Landwirtschaft sowie auch der sächsischen Industrie und vernichtet aufgebaute
5 Beziehungen zwischen liberalen Unternehmern der Länder.
6 Ohne eine beidseitig nützliche Zusammenarbeit der EU mit Russland ist Europa nicht in der
7 Lage, die anstehenden Probleme der Zukunft zu lösen.

8
9

10 **Begründung:**

11

12 Wir Freien Demokraten sind mit der derzeitigen Außenpolitik der Bundesregierung nicht
13 einverstanden.

14 Weder eine Bevormundung anderer Völker der Europäischen Union noch die der restlichen
15 Welt kann Grundlage unseres Handelns sein.

16 Wir Freien Demokraten lehnen wirtschaftliche Embargo-Politik ab, diese führt zum „NICHT
17 VERSTEHEN“ und zur Schwächung der demokratischen Kräfte des betroffenen Landes. Es
18 entsteht patriotische Hysterie und Geltungsdrang.

19 Liberale Unternehmer dieser betroffenen Länder werden von Ihren Regierungen zwangsläufig
20 instrumentalisiert und es besteht die Gefahr, dass sie ihr Lebenswerk und ihren
21 Lebensstandard verlieren. Mitarbeiter dieser Unternehmen verlieren ihre Arbeit und ihren
22 Broterwerb. Diese, unsere natürlichen Verbündeten, wenden sich von der Unterstützung
23 demokratisch liberaler Kräfte ab. Die Vertrauensarbeit von Jahren der Freien Demokraten in
24 der Regierungsverantwortung, u.a. von Genscher und Graf Lambsdorff wird zerstört und die
25 Kriegsgefahr wächst.

26 Nur der freie Handel in der Welt stärkt die Kräfte der Völkerverständigung und Liberalität und
27 fördert die Entstehung demokratischer Bedürfnisse.

28 Wir als freie Demokraten sind für eine freie Entscheidung in Wahlen der Bevölkerung der Krim
29 und des Don-Pass unter Aufsicht der UNO über eine Entscheidung ihrer staatlichen
30 Zugehörigkeit und Art Ihrer Staatsform, wie wir auch jegliche freie Entscheidung der Schotten
31 und früheren Völker des Balkans begrüßen.

32 Hierzu fordern wir Freien Demokraten eine klare politische Initiative durch die
33 Bundesregierung zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen, Wiederintegration
34 Russlands in die G8-Staaten, Wiederaufnahme des Sankt Petersburger Dialogs und
35 Herstellung vernünftiger Sicherheitspartnerschaft in Europa.

36

37 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

Thema: Freiheitliche Familienpolitik und steuerliche Entlastung der Familien

Antragsteller: Bernd Franke, Sylke Blumenstein-Lorat, Gerald Umbach, Holger Liebelt,
Dr. Albrecht Franke

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Familie verdient den Schutz und die Unterstützung des Staates.
- 2 Hierzu zählt ein würdiger freiheitlicher Entscheidungsfreiraum für die Gestaltung der
- 3 Erziehung der Kinder innerhalb der Familie.
- 4 Wir Freien Demokraten fordern zeitnah die steuerliche Entlastung der Familien.
- 5
- 6 Hierbei sollte dies durch die Einführung des Familiensplittings für eheliche Eltern mit Kind /
- 7 Kindern und Alleinerziehende mit Kind / Kindern umgesetzt werden.
- 8 Die Beibehaltung des derzeitigen Ehegattensplittings sollte nur für eheliche Familien mit
- 9 nachgewiesener Elternschaft mindestens eines der Partner erfolgen.
- 10 Zum Ausgleich sollte das Kindergeld für gering verdienende eheliche Eltern mit Kind / Kindern
- 11 und Alleinerziehende mit Kind / Kindern von einem Gesamteinkommen unter 4000 € brutto
- 12 pro Monat auf mindestens 350 € pro Kind erhöht werden.
- 13 Weiterhin sollten Mitgliedsbeiträge von Sport-, Kunst- und anderen e.V. Bildungsvereinen,
- 14 Gebühren für kulturelle und sportliche Bildung der Kinder bis zur wirtschaftlichen
- 15 Selbständigkeit nichtbegrenzte Sonderausgaben in der Anlage K darstellen.
- 16 Die Ausgaben für Kindesunterhalt sollten zu 70% zu den nichtbegrenzten Sonderausgaben
- 17 zugeordnet werden.
- 18 Wir Freien Demokraten sehen in der Umsetzung dieser steuerlichen Maßnahmen einen echten
- 19 Beitrag zur wirtschaftlichen Gleichstellung von Familien und deren Kindern.
- 20
- 21

Begründung:

- 22
- 23
- 24 In der heutigen Gesellschaft wird die Wichtigkeit des Aufwachsens der Kinder in einer
- 25 funktionierenden Familie nicht ausreichend anerkannt. Der Hauptteil unserer Bevölkerung in
- 26 Sachsen ist bodenständig und familiär orientiert.
- 27 Wir beschäftigen uns derzeit mehr mit Nebensachen der Gesellschaft und vergessen unsere
- 28 Kinder, welche unsere Zukunft sind.
- 29 Durch die kalte Progression sind millionenfach dem Staat bereits in den letzten 30 Jahren
- 30 Steuergelder zugeflossen, welche die Familien belasten und der Staat diese in bekannter
- 31 Manier mit Steuergeschenken den verschiedensten Lobbyisten-Gruppen zugedacht hat. Damit
- 32 muss Schluss sein.
- 33 Freiheitlich Handeln heißt auch, für die Verantwortung zu übernehmen, die keine Lobby
- 34 besitzen. Wir müssen zu einer gesunden Realpolitik für unsere Wähler übergehen.
- 35
- 36 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

Thema: Bildungspolitik neu denken

Antragsteller: Jungliberale Aktion Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Sachsen sieht in der Bildung ein zentrales Element zur Schaffung von
2 Chancengerechtigkeit. Wir wollen eine Gesellschaft, die es jedem Menschen unabhängig von
3 seiner Herkunft ermöglicht, an exzellenter Bildung teilzuhaben. Sie sollte jeden dazu
4 befähigen, aus eigener Kraft und Leistung sozial aufzusteigen. Unser Ziel ist es, jedem Kind
5 exzellente Bildung zukommen zu lassen, um seine Stärken optimal zu fördern und zu
6 entfalten. Bildung im 21. Jahrhundert muss flexibler, digitaler und das Bildungsangebot muss
7 wettbewerbsorientierter werden, um diese Ziele zu erreichen.

8
9 Dieser Beschluss dient der Ergänzung und Erneuerung der bisherigen Bildungspolitik der FDP
10 Sachsen, deren Grundsätze hiermit nicht angetastet werden sollen.

11
12 Konkret fordern wir:

13 14 15 **I. Kultusorganisation**

16
17 1. Die Schulpflicht soll in eine Bildungspflicht umgewandelt werden. Bildungspflicht bedeutet,
18 dass Minderjährige verpflichtet werden, zu bestimmten Zeitpunkten Leistungsnachweise
19 (Prüfungen) abzulegen. Eine Pflicht, genehmigte Schulen zu besuchen, wenn sie die gesetzlich
20 festgelegten Lernziele erreichen, besteht nicht mehr. Wenn Leistungsnachweise wiederholt
21 nicht bestanden werden, wird das Kind zum Schulbesuch verpflichtet.

22
23 2. Schulen sollen vollständige Entscheidungshoheit über ihre Organisation, ihr Budget, die
24 Profilbildung und ihr Personal erlangen. Die Finanzierung der Schulen soll über
25 Bildungsgutscheine erfolgen. Diese werden den Eltern für ihr Kind ausgegeben. Die Eltern
26 entscheiden, welche Bildungseinrichtung den Zuschlag erhält.

27
28 3. Schul- und Schülerentscheide als basisdemokratisches Element an Schulen sollen
29 ermöglicht werden. Gegenstand der Entscheide sind alle Materien, die in der Kompetenz der
30 Schülervvertretung liegen. Vor dem Schülerentscheid muss das Quorum des Schülerbegehrens
31 i. H. v. 30 Prozent der Gesamtschülerzahl der Schule erreicht sein.

32
33 4. Wir sprechen uns gegen ein Verbot aller personenbezogenen Speichermedien (Smartphone,
34 Tablet o.ä.) im Unterricht und die Möglichkeit der Einziehung aus. Diese sind kein
35 Unruhestifter, sondern leisten vielfach einen bedeutenden Beitrag zur Digitalisierung und
36 Wissensverschaffung in Schulen.

37
38 5. Wir wollen die Schulen digitalisieren. Investitionen in moderne Technik (u.a. Breitband-
39 anschlüsse mit ausreichender Leistungsfähigkeit, WLAN, interaktive Whiteboards, digitale
40 Schulbücher, Tablet-Pcs, mobilen als App gestalteten Hausaufgabenheften, Tafelbildern, die
41 nach der Stunde per Mail nach Hause geschickt werden können) sind notwendig und
42 überfällig. Es soll ein landesweiter Schul-IT-Dienstleister für die zentrale Steuerung und
43 Wartung der Schulsysteme gegründet werden. Die Entscheidung über die Teilnahme am
44 zentralen System unterliegt den Schulen. Virtueller Unterricht unter Einsatz von Webinaren
45 und Clouds soll ermöglicht werden. Wir streben eine bundesweite Online-Bildungsplattform in
46 Abstimmung mit den anderen Bundesländern an.

47
48 6. Es sollen Möglichkeiten für Kooperationsverträge mit Unternehmen geschaffen werden.

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

1 Private Unternehmen sollen einbezogen werden dürfen, ob als einfacher Sponsor, Schul-
2 patenschaft, Partnerschaft für bestimmte Unterrichtseinheiten, für digitale Projekte oder gar
3 als Schulträger.

4
5 7. Wir sprechen uns für ein längeres gemeinsames Lernen und einen späteren Übergang an
6 weiterführende Schulen aus. Der Wechsel an die weiterführenden Schulen ist zwischen der
7 sechsten und siebten Klassenstufe umzusetzen.

8
9 8. Englisch als erste Fremdsprache soll bereits ab der ersten Klasse gelehrt werden.

10
11 9. Es soll eine Schuleignungsprüfung mit Erreichen des 5. Lebensjahres eingeführt werden.
12 Bei Bestehen berechtigt die Prüfung zum Zugang zur Grundschule, bei Nichtbestehen wird ein
13 schulvorbereitendes Jahr, in dem die wichtigsten, dem Kind noch fehlenden Voraussetzungen
14 geschaffen werden (Konzentrationsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz,
15 Beherrschung der deutschen Sprache, fein- und grobmotorische Fähigkeiten), eingeführt.

16
17 10. Die Flexibilität bei der Einrichtung von Sprachklassen in der zweiten Fremdsprache soll
18 erhöht werden. Dazu muss es ermöglicht werden, Sprachklassen mit Schülern aus unter-
19 schiedlichen Schulen einzurichten. Zudem soll der Schulwechsel zu Schulen mit ähnlichem
20 Profil und der gewünschten Fremdsprache vereinfacht werden. Außerdem ist die Einrichtung
21 geringer nachgefragter Sprachklassen mit Schülern aus zwei Jahrgängen und das damit
22 einhergehende Abarbeiten des Lehrplanes in drei statt vier Jahren zu prüfen. Sprachlehrern
23 muss die Flexibilität zugemutet werden, an mehreren Schulen eingesetzt zu werden.

24
25 11. Grundschullehrer tragen nicht weniger Verantwortung als Lehrer weiterführender Schulen.
26 Aus diesem Grund wollen wir die Vergütung schrittweise angleichen.

27
28 12.

29
30 Alternative 1:

31 Wir wollen das Prinzip des Bildungsföderalismus abschaffen. Einheitliche Bildungsstandards
32 sind notwendiger denn je. Die Finanzierung von Bildung überfordert die Länder und
33 Kommunen allein und muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden, bei der
34 sich der Bund beteiligt. Schulabschlüsse müssen über einheitlich gestellte Abschlussprüfungen
35 vergleichbarer werden. Dabei darf es aber keine Angleichung nach unten geben.

36
37 Alternative 2:

38 Der Bildungsföderalismus und das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern müssen
39 beibehalten werden. Der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Schulkonzepten der
40 Bundesländer ist wichtig um im Wettstreit bestmögliche Resultate zu erzielen. Die Bundes-
41 länder sollen bei der Prüfungsgestaltung stärker als bisher kooperieren um diese
42 vergleichbarer zu machen. Die Gestaltung des Bildungsweges und der Lehrpläne bleibt aber
43 weiterhin Sache der Bundesländer.

44
45 13. Die bisherige Methode der Erhebung von Schulstatistiken muss evaluiert werden. Der
46 Lehrerbedarf muss künftig realistischer eingeschätzt werden um die Fehlplanungen der
47 Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden.

48
49
50 **II. Bildungsangebot**

51
52 1. Die politische Bildung muss verbessert werden. Es muss ein besseres Verständnis des
53 gesellschaftlichen Zusammenlebens erworben werden, auch um politischen Extremismus
54 entgegenzuwirken. Deswegen wollen wir den Gemeinschaftskunde-/GRW-Unterricht ausbauen
55 und die Möglichkeit schaffen diesen auch als Leistungskurs anzubieten. Die Fähigkeit zum
56 kritischen Denken ist zu fördern. Das Kerncurriculum ist durch einen einzuberufenden zivilen

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

- 1 Beirat bestehend aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schüler- und Lehrerververtretungen
2 und Stiftungen zu erstellen. An Oberschulen und Gymnasien soll GRW bereits ab der 8. Klasse
3 gelehrt werden. Neben dem Verständnis für politische Prozesse, wirtschaftliche
4 Zusammenhänge, gesellschaftliche Probleme und rechtliche Normen ist die Erweiterung auf
5 kritisches Denken und praktisches Anwenden notwendig. Es sollen vermehrt
6 handlungsorientierte Unterrichtsmethoden (z.B. Planspiele oder Exkursionen an Orte des
7 politischen Geschehens, Podiumsdiskussionen mit Politikern an Schulen sollten erleichtert
8 werden, gemeinsame Veranstaltungen von Schulen mit Stiftungen, aus-gewogene Vertretung
9 der demokratischen Parteien bzw. Gruppierungen im Sinne des Beutelsbacher Konsens)
10 eingesetzt werden. Ein kontinuierliches Bildungsmonitoring zur Qualität des GRW-Unterrichts
11 an den einzelnen Schulen sowie jährlicher Bericht samt Aussprache im Sächsischen Landtag
12 wird eingeführt.
13
- 14 2. Die Befassung mit dem Thema Homosexualität soll in den sächsischen Lehrplänen aus-
15 geweitet werden. Dies ist besondere Aufgabe des Ethik- oder Religionsunterrichtes um für
16 Akzeptanz zu werben. In allen Fächern sollen in Sachaufgaben auch homosexuelle Paare
17 auftreten. Vertrauenslehrer sollen im Umgang mit Homosexualität gestärkt werden.
18
- 19 3. Der Religionsunterricht an staatlichen soll beschränkt werden. Dafür soll Ethikunterricht
20 verpflichtend eingeführt werden für alle Schüler. Darin sollen die verschiedenen Religionen
21 ausführlich behandelt werden. Als freiwilliges Zusatzfach soll Religionsunterricht der
22 verschiedenen Konfessionen je nach Nachfrage in Zusammenarbeit mit den örtlichen
23 religiösen Einrichtungen möglich sein.
24
- 25 4. Der Informatikunterricht soll ausgebaut werden. Das Thema Programmieren soll früher
26 und ausführlicher als bisher in den Mittelpunkt gestellt werden um den Herausforderungen der
27 Digitalisierung zu begegnen.
28
- 29 5. Die genannten Reformen dürfen nicht zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler
30 führen. Daher sind die Lehrpläne einer Überprüfung zu unterziehen. Der Grundsatz weniger
31 faktenbasierter Stoff, dafür mehr methodische Fähigkeiten soll bei der Prüfung im Mittelpunkt
32 stehen.

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

**Thema: Gestalten statt verwalten
Für eine freiheitlich und aktivierende Wirtschaftspolitik in Sachsen**

Antragsteller: LFA Wirtschaft, Gründergeist und Finanzen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir setzen uns für einen Neustart in der sächsischen Wirtschaftspolitik ein. Auf Grund sich
2 ändernder Rahmenbedingungen, wie Demografie und Digitalisierung, greifen viele Konzepte
3 der Vergangenheit nicht mehr. Noch stärker als bisher müssen Unternehmen flexibel auf
4 Veränderungen reagieren können, ansonsten drohen sie im Wettbewerb zurückzufallen. Dem
5 muss die sächsische Wirtschaftspolitik gerecht werden.

6
7 Wir geben uns nicht mit der aktuellen Situation zufrieden und streben eine
8 wachstumsorientierte und realitätsnahe Wirtschaftspolitik an, die Unternehmen mehr
9 Freiräume und Anreize für ein erfolgreiches Wirtschaften gibt. Dazu gehört auch ein
10 investitionsfreundliches Klima, das Gründungen und Unternehmensnachfolgen befördert.
11 Langfristig soll Sachsen dauerhaft zu den wirtschaftsstärksten Bundesländern in Deutschland
12 gehören.

13
14 Der Freistaat Sachsen benötigt dafür eine neue Art der Wirtschaftspolitik, die das Fundament
15 für Entwicklungen der Zukunft legt und sich nicht mit dem aktuellen Zustand zufrieden gibt.

16
17 Diese Wirtschaftspolitik darf Unternehmen nicht politisch bevormunden oder ihnen einseitige
18 Entwicklungsziele vorgeben. Die Aufgabe besteht darin, die Unternehmen bei der Erfüllung
19 ihrer eigenen Ziele zu unterstützen, ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen und den Rahmen und
20 Bedingungen dafür zu schaffen, damit die Unternehmen ihre Ziele aus eigenem Antrieb und
21 Fähigkeiten erreichen. Es ist nötig aktiver mit den Unternehmen zusammen Lösungen zu
22 finden und darauf zu vertrauen das sie für die Herausforderungen eigene Lösungen finden.

23
24

25 **5 Punkte für eine aktive Wirtschaftspolitik**

26
27

28 **1. Die Stärken der sächsischen Wirtschaft stärken!**

29 Der sächsische Mittelstand ist in den Branchen vielfältig aufgestellt. Er hat sich in den
30 vergangenen Jahren zur starken Säule der sächsischen Wirtschaft entwickelt. Auf diese
31 Stärken der sächsischen Unternehmen in den verschiedenen Branchen (z.B. Metallerzeugung
32 und –bearbeitung, Maschinenbau- und Fahrzeugbau, Elektronik, Nahrungsgüter, Tourismus,
33 Energieerzeugung, Kunststoff, Textil, Bau und Handel, Glas und Keramik) muss und kann
34 aufgebaut werden.

35
36 Reserven bestehen bei den sächsischen Unternehmen vor allem bei Investitionen in Forschung
37 und Entwicklung, Absatzsteigerung durch Export und der Vernetzung der sächsischen
38 Unternehmen untereinander. Hier kann die Wirtschaftspolitik Impulse geben und
39 unterstützend wirken.

40
41 Damit geht auch die Schaffung von regionalen Wachstumspolen einher. Die Wirtschaftspolitik
42 muss in der Lage sein, flexibel arbeiten zu können, so dass sie in unterschiedlichen Regionen
43 mit unterschiedlichen Werkzeugen eine optimale Wirkung erzeugen kann.

44
45

46 **2. Belastende Regulierungen abbauen!**

47

angenommen abgelehnt zurückgezogen verwiesen.....

1 Die massive Bürokratie belastet kleine und mittelständische Unternehmen immer stärker, da
2 sie diesen Aufwand nicht delegieren können. Dies hindert sie an der Umsetzung von eigenen
3 Ideen und kostet dazu noch viel Zeit und Kapital.

4
5 Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die Freiräume schafft, so dass die Unternehmen sich auf
6 ihre Kompetenzen konzentrieren können und nicht durch bürokratische Hemmnisse in ihrer
7 Arbeit behindert werden. Ein Abbau von Bürokratie, nicht nur bei der Beantragung von
8 Fördermitteln ist anzugehen. Verwaltungsverfahren und bestehende Regelungen sind auf
9 Belastungen für Unternehmen zu überprüfen und zu vereinfachen.

10 So fordern wir die Streichung der Vorfälligkeit bei Sozialabgaben. Sie stellt eine überflüssige
11 bürokratische Belastung vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen dar.

14 **3. In gute Rahmenbedingungen investieren!**

16 Voraussetzung für eine starke sächsische Wirtschaft sind gute Rahmenbedingungen. Es ist
17 Aufgabe des Freistaates Sachsen zu gewährleisten, dass diese Rahmenbedingungen
18 geschaffen werden.

19
20 Der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Sachsen muss fortgesetzt werden.
21 Das Wachstum der Zentren erzwingt vor allem in ländlichen Regionen eine gut ausgebaute
22 Verkehrsinfrastruktur, damit Unternehmen und Menschen schnell zu Kunden und
23 Arbeitsplätzen kommen können. Beim Ausbau der Infrastruktur ist darauf zu achten, dass
24 diese sich an den vorhandenen Realitäten ausrichtet und nicht ideologischen Ansichten folgt.

25
26 Von grundlegender Bedeutung für die Zukunft Sachsens ist der Ausbau der
27 Breitbandinfrastruktur. Hierbei ist es besonders für die ländlich geprägten Regionen Sachsens
28 wichtig, Teil des Ausbaus zu sein. Ein Wettbewerb der Technologien ist hierbei zu
29 gewährleisten. Wir streben einen flächendeckenden Ausbau bis 2025 auf mindestens 1 Gigabit
30 an.

31
32 Die Investitionstätigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Freistaat Sachsen
33 ist häufig noch nicht stark genug. Kurzfristig denkende unberechenbare Politik erhöht bei den
34 Unternehmen die Unsicherheit für die Zukunft. Wenn Unternehmen davon ausgehen, dass die
35 staatlich gesetzten Rahmenbedingungen für sie schlechter werden, führt dies zwangsläufig
36 dazu, dass sie mit Investitionen vorsichtig werden. Wir streben eine Wirtschaftspolitik an, die
37 Unternehmen das Vertrauen in eine langfristig angelegte Politik vermittelt und Unsicherheiten
38 abbaut.

39
40 Der Zugang zu den Hochschulen und Forschungsinstituten muss für kleine und
41 mittelständische sächsische Unternehmen einfacher werden. Hierbei sind Anreize zu schaffen,
42 damit die Schnittstelle Wirtschaft-Wissenschaft für Unternehmen und Hochschulen besser
43 funktioniert und so auch kleine Unternehmen besser Zugang erhalten können. Bürokratische
44 Hemmnisse sind hierbei festzustellen und abzubauen.

45
46 Für kleine und mittelständische sächsische Unternehmen ist es wichtig neue Märkte im
47 Ausland für ihre Produkte zu erschließen. Hierbei kann die Wirtschaftspolitik beitragen,
48 Unternehmen über diese Möglichkeiten zu informieren und sie bei der Kontaktabbahnung zu
49 unterstützen.

52 **4. Köpfe gewinnen!**

54 Die sächsischen Unternehmen benötigen gut ausgebildete Arbeitskräfte. Dazu ist es nicht nur
55 wichtig die in Sachsen geborenen und aufgewachsenen Menschen mit dem nötigen Wissen
56 und Fähigkeiten auszustatten (Bildungssystem), sondern auch Sachsen für Fachkräfte aus

angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

verwiesen.....

1 dem In- und Ausland attraktiver zu machen.

2

3 In der schulischen Bildung ist es nötig dafür zu sorgen, dass mehr Schüler als bisher die Schule
4 mit einem Abschluss verlassen. Dazu ist die Berufsorientierung im Zusammenwirken mit den
5 Unternehmen zu verbessern, damit die Abbruchquote bei Auszubildenden und
6 Studienanfängern verringert werden kann. Schüler, Eltern und Lehrer brauchen dazu einen
7 besseren Überblick über die Möglichkeiten, welche beruflichen Perspektiven den Schülern in
8 Sachsen zur Verfügung stehen.

9

10 Ein eigenverantwortliches, selbständiges und flexibles Handeln sind wichtige
11 Kernkompetenzen in der Arbeitswelt von morgen. An allen Schulen ist es daher nötig, stärker
12 Wissen und Werte über Unternehmertum und Eigenverantwortung zu vermitteln.

13

14 Die Rolle der Hochschulen als Ausbildungsstätte für den akademisch gebildeten Nachwuchs für
15 die Wirtschaft muss gestärkt werden. Das Fachhochschul-Studium soll, wegen des größeren
16 Praxisbezugs ausgebaut werden, da dies den sächsischen mittelständischen Unternehmen
17 stärker entgegenkommt.

18

19 Die praxisnahe Forschungsarbeit an den Hochschulen muss weiter forciert werden. Hierbei ist
20 die Vernetzung zu den sächsischen Unternehmen auszubauen, um später auch die Umsetzung
21 der Ergebnisse in die Praxis zu erreichen.

22

23

24 **5. Produktivitätssteigerungen erreichen!**

25

26 Eine alternde Gesellschaft hat scheinbar ein geringeres Wachstumspotential. Dem kann eine
27 aktivierende Wirtschaftspolitik entgegenwirken. Sie kann die Attraktivität der Selbständigkeit
28 und das Klima für Neugründungen von Unternehmen und Nachfolgen verbessern.

29

30 Sachsen muss sich dazu der demografischen Entwicklung und technologischen Entwicklung
31 stellen. Es ist nötig der zukünftigen Verknappung des Arbeitskräfteangebotes
32 entgegenzuwirken. Das vorhandene Erwerbspotential muss besser ausgeschöpft werden, z.B.
33 durch Erhöhung der Erwerbsfähigkeit von Frauen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder
34 bedarfsgerechte Um- und Weiterbildung Erwerbsloser.

35

36 Unternehmen müssen in Zukunft mit weniger Personal mehr produzieren, d.h.
37 Rationalisierungsinvestitionen vornehmen. Unternehmen dabei zu unterstützen, ist für die
38 Politik ungewohnt, da bisher Förderungen an die Entstehung von Arbeitsplätzen gekoppelt
39 wurden. Ohne diese Rationalisierungsinvestitionen wird aber die Wettbewerbsfähigkeit der
40 sächsischen Wirtschaft leiden und damit die dann besser bezahlten Arbeitsplätze gefährden.

41

42 Der Freistaat muss im Rahmen seiner Möglichkeiten den Unternehmen die Freiheit lassen,
43 individuell darauf zu reagieren und sie durch bürokratische Regeln und Vorgaben nicht daran
44 zu hindern (oder Gegenteiliges zu befördern), für Unternehmen und Beschäftigte das für sich
45 Passende zu entwickeln.

46

47

48 **Begründung:**

49

50 *Begründung erfolgt mündlich*